



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Vorfahrt für Kinder – Familienförderung weiter entwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass Schleswig-Holstein – wie die Bundesrepublik Deutschland insgesamt – erheblichen Nachholbedarf bei der institutionellen Kinderbetreuung hat. Kinderbetreuungsangebote qualitativ und quantitativ auszubauen sowie die Elternbeiträge zu reduzieren und letztendlich ganz abzuschaffen, muss ein vordringliches Ziel von Politik, Gesellschaft und Regierungshandeln sein.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich dazu, dass öffentliche Angebote zur Betreuung, Erziehung und Bildung notwendig sind, um der steigenden Kinderarmut zu begegnen. Sie sind wichtiges und wirksames Instrument, um für alle Kinder auf ihrem Bildungsweg Chancengleichheit zu gewährleisten und um die Vereinbarkeit von Familie & Beruf zu verbessern. Deshalb muss die institutionelle Förderung von Betreuungsangeboten zukünftig Priorität vor der individuellen Familienförderung haben. Hierzu müssen zusätzliche Steuermittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat zu beantragen, dass alle Pläne für ein zusätzliches Elterngeld und für höhere Betreuungsfreibeträge zurückgestellt werden. Stattdessen sollen die von der Bundesregierung eingeplanten Haushaltsmittel Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt werden, um diese bei der Einführung eines kostenlosen Kindertagesstättenjahres für alle fünfjährigen Kinder zu unterstützen.

Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Ehegattensplittings einzubringen, um mit den frei werdenden Mitteln Länder und Kommunen bei der Umsetzung der beitragsfreien Kindertagesstätte zu unterstützen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, dem Landtag bis zur 14. Tagung ein schriftliches Konzept vorzulegen, wie noch in dieser Legislaturperiode der Einstieg in ein beitragsfreies Kindertagesstättenjahr für alle fünfjährigen Kinder gelingen kann.

Monika Heinold
und Fraktion